

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

14. September – 20. September 2024

Frankreich hat (fast) eine neue Regierung. Am Donnerstagabend, den 19. September, legte Premierminister Michel Barnier seine (noch nicht offizielle) Liste mit 38 Regierungsgliedern, davon 16 Minister (der Rest verteilt sich auf delegierte Minister und Staatssekretäre), dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron vor. Unter den 16 Ministern befinden sich aller Voraussicht nach sieben Vertreter aus dem Macron-Lager, zwei aus der Demokratischen Bewegung MoDem, eine Person aus der mitte-rechts Partei des ehemaligen Premierministers Édouard Philippe, Horizons, drei der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains, und jeweils eine Person von der Union der Demokraten und Unabhängigen (UDI), der Diversen Rechten und der diversen Linken. Die deontologische Überprüfung der vorgeschlagenen Minister läuft momentan und die Ernennung der offiziellen Regierung wird vor Sonntag erwartet.

Thierry Breton, ehemaliger EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen und der von Staatspräsident Macron vorgeschlagene Kandidat für den französischen Europakommissar in der neuen Kommission von der Leyen hat am 16. September seinen Rücktritt eingereicht. Nachfolger wird der bisherige Außenminister Stéphane Séjourné. Der bis dato amtierende (wenn auch zurückgetretene) französische Chefdiplomat wird in der neuen EU-Kommission das Schlüsselressort der europäischen Industriestrategie übernehmen. Zudem wird er auch – eine Forderung Macrons – Vizepräsident der Kommission sein. Laut von der Leyen soll Séjourné „[...] die Bedingungen für das Gedeihen unserer Unternehmen, für Investitionen und Innovation sowie für wirtschaftliche Stabilität, Handel und wirtschaftliche Sicherheit [...] schaffen“. Darüber hinaus wird Séjourné für kleine- und mittelständische Unternehmen und den Binnenmarkt zuständig sein.

Die Haushaltsplanung könnte erst am 9. Oktober abgeschlossen sein. Der seit Wochen vielzitierte Stichtag des 1. Oktober wird voraussichtlich nicht respektiert. Diese mögliche Entwicklung bestätigte das Umfeld des Premierministers Anfang der Woche. Dies wäre eine Premiere in der V. Republik: noch nie wurde ein Budget zu einem späteren Zeitpunkt eingereicht. Seit der Gründung der V. Republik 1958 ist der Haushaltskalender streng geregelt, wobei ein doppeltes Ziel verfolgt wird. Die Parlamentarier sollen genügend Zeit haben, um den Text gründlich zu diskutieren. Außerdem soll verhindert werden, dass das Land aufgrund eines nicht rechtzeitig verabschiedeten Haushalts wie in der IV. Republik auf „provisorische Zwölfstel“ zurückgreifen musste, bei denen die Mittel Monat für Monat freigegeben wurden. Die Frage der „steuerlichen Gerechtigkeit“, wie Michel Barnier eindringlich äußerte, wird dabei zum Schlüsselthema werden.

Das Präsidium der Nationalversammlung hat den Amtsenthebungsvertrag gegen Emmanuel Macron als zulässig erachtet. Das Gremium stimmte mit 12 zu 10 Stimmen dafür. Es war das erste Mal, dass Entschließungsantrag zur „Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens“ gegen das Staatsoberhaupt vom Präsidium der Nationalversammlung als zulässig erachtet wurde. Der parlamentarische Weg des Antrags wird nun mit einer Prüfung vor dem Rechtsausschuss der Nationalversammlung fortgesetzt. Das Amtsenthebungsverfahren wurde durch die Verfassungsänderung vom 23. Februar 2007 eingeführt. Die Artikel 67 und 68 der Verfassung, die die Verantwortlichkeit des Staatspräsidenten betreffen, sind ein Wahlkampfversprechen von Jacques Chirac aus dem Jahr 2002.

Die Region Île-de-France, zu der auch Paris gehört, reformiert das Preissystem des öffentlichen Nahverkehrs. Die Präsidentin des Regionalrats, Valérie Pécresse (Les Républicains), kündigte am 18. September an, dass ab dem 2. Januar 2025 alle Einzelfahrten im gesamten Netz der Region mit der Metro, dem RER (S-Bahn) oder dem Zug unabhängig von der Entfernung €2,50 kosten werden. Damit soll insbesondere die Tarifkomplexität (über 50.000 verschiedene Tarife in der Region) in der Region beendet werden. Ab 2. Januar 2025 werden dann auch die traditionellen Zehnerfahrkarten („Carnet“) und bis Ende 2025 die für Paris typischen, magnetisierte Papiertickets nicht mehr erhältlich sein.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

„Das Einzige, was zu diesem Zeitpunkt Sinn machen würde, wäre zum Quai d'Orsay [Außenministerium] zu wechseln“. Dies sagte der scheidende Innenminister Gérald Darmanin, der ursprünglich der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains angehörte, vor der Ernennung der Regierung. Da er in der neuen Regierung aber offensichtlich nicht berücksichtigt wurde, konzentriert sich Darmanin nun wieder auf andere Dinge des Lebens: „Wieder eine Redefreiheit erlangen, den Franzosen viel zuhören, ein wenig reisen, auch schreiben“.

3
0 8 4 7
5 2 6 5
7 4 3 1 2
9 8 2 0 1 6

DIE ZAHL DER WOCHE

€28 Millionen

So viel kostet die Auflösung der Nationalversammlung. Da 133 Abgeordnete bei den Parlamentswahlen nicht wiedergewählt wurden, mussten deren parlamentarischen Mitarbeiter entlassen werden. Allein die Kosten für diese Entlassungen belaufen sich auf €23.5 Millionen.